



Regierungsratsbeschluss vom 23. Juni 2026

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement; Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Meldung von Personen mit besonderem Beratungsbedarf bei der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung); Vernehmlassung

P260621

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD.

Begründung

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt unterstützt die Zielsetzung der Vorlage, das Arbeitskräftepotenzial von Personen im Familiennachzug besser zu nutzen. Kritisch beurteilt er jedoch die Finanzierungslogik. Die dauerhaft angelegte Meldepflicht belastet die Kantone strukturell, während die Bundesfinanzierung über die bestehenden Programme INVOL und «Perspecta» bis 2030 befristet ist. Der Regierungsrat erachtet es als erforderlich, dass die Finanzierungsfrage bereits im laufenden Gesetzgebungsverfahren verbindlich geklärt wird.

